



Protokoll 169. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 10. November 2021, 17.00 Uhr bis 20.08 Uhr, in der Halle 9
der Messe Zürich

Vorsitz: Präsident Mischa Schiwow (AL)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 117 Mitglieder

Abwesend: Markus Baumann (GLP), Alexander Brunner (FDP), Maleica Landolt (GLP),
Joe A. Manser (SP), Marcel Müller (FDP), Claudia Rabelbauer (EVP), Shaibal Roy (GLP),
Maria del Carmen Señorán (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste
folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2021/412](#) * Weisung vom 27.10.2021: FV
Finanzdepartement, Teilrevision der Verordnung über
Abgangsleistungen für Behördenmitglieder
3. [2021/413](#) * Weisung vom 27.10.2021: VTE
Tiefbauamt, Velo-city Konferenz 2024, Objektkredit
4. [2021/414](#) * Weisung vom 27.10.2021: STP
Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend wieder-
kehrenden Beitrags an den Verein MAXIM Theater, verbunden
mit einem klaren Leistungsauftrag, Beiträge 2022–2025 und
Abschreibung
5. [2021/415](#) * Weisung vom 27.10.2021: VIB
Wasserversorgung, Mitgliedschaftsbeiträge Schweizerischer
Verein des Gas- und Wasserfaches (SVGW), wiederkehrende
Ausgaben
6. [2021/418](#) * Postulat von Ivo Bieri (SP), Angelica Eichenberger (SP) und STP
E 7 Mitunterzeichnenden vom 27.10.2021:
Sicherstellung eines aktiven Quartierlebens mit attraktiven
Dienstleistungsangeboten
7. [2021/419](#) * Postulat von Mélissa Dufournet (FDP) und Flurin Capaul (FDP) VTE
E vom 27.10.2021:
Trennung der unterschiedlichen Nutzungen auf dem Friedhof
Sihlfeld unter Berücksichtigung einer allfälligen Umzonung
eines Teils des Friedhofs

- | | | | |
|-----|-----------------------------------|--|------------|
| 8. | 2021/420 *
E | Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 27.10.2021:
Neue Trammodelle, Taufe mit den Quartierwappen | VIB |
| 9. | 2021/417 *
A/P | Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 27.10.2021:
Rekommunalisierung der Versorgungsnetze für die Wärme- und Kälteversorgung und der mit diesen verbundenen Energiedienstleistungen von Energie 360° AG und ihrer Tochtergesellschaften | VIB |
| 10. | 2019/152 | Weisung vom 27.10.2021:
Dringliche Motion von Brigitte Furer und Gabriele Kisker betreffend Pflicht zur Realisierung von einem Drittel subventionierter Wohnungen pro Baufeld bei Gewährung eines Baurechts auf dem Areal Thurgauerstrasse West, Antrag auf Fristerstreckung | FV |
| 11. | 2019/416 | Weisung vom 27.10.2021:
Motion der SP-, FDP- und GLP-Fraktionen betreffend Abschreibung für das Hochhaus im Baufeld A1 des öffentlichen Gestaltungsplans «Thurgauerstrasse» zur Realisierung einer qualitativ hochwertigen und ökologisch wertvollen Fassadenbegrünung, Antrag auf Fristerstreckung | FV |
| 12. | 2021/248 | Weisung vom 09.06.2021:
Sportamt, Immobilien Stadt Zürich, Dolder Bad und Kunsteisbahn Dolder, Instandsetzung Bad, Projektierungskredit, Dolder Eis und Bad AG, Beiträge 2022–2026 | VSS
VHB |
| 13. | 2021/376 E/A | Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Sofia Karakostas (SP) und 9 Mitunterzeichnenden vom 22.09.2021:
Wiederinbetriebnahme des Wellenbads im Dolder Bad, Vereinbarung im Rahmen des Betriebsvertrags mit der Dolder Hotel AG | VSS |
| 14. | 2021/384 E/A | Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Ivo Bieri (SP) vom 29.09.2021:
Langfristige Sicherung eines Freibads im Kreis 7 und Sicherung eines Vorkaufsrechts bei der Dolder Hotel AG für die betreffende Liegenschaft | VSS |
| 15. | 2020/564 | Weisung vom 04.12.2020:
Postulat der AL-Fraktion betreffend Berichterstattung über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und über den Gleichstellungsplan der Stadtpolizei, Bericht und Abschreibung | VSI |
| 16. | 2021/382 E/A | Dringliches Postulat von Martin Bürki (FDP) und Alan David Sangines (SP) vom 29.09.2021:
Verlängerung der Konditionen für die Gastrounternehmen zur Nutzung der Aussenflächen im Winter 2021/2022 sowie Nutzung der bisher nicht genutzten Innenflächen als Restaurantflächen | VSI |

- | | | | | |
|-----|-------------------------|-----|---|-----|
| 17. | 2020/10 | E/A | Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Maya Kägi Götz (SP) vom 15.01.2020:
Regelung einer Stellvertretung ab dem ersten Tag in der Betreuung an den städtischen Volksschulen | VSS |
| 18. | 2020/47 | E/A | Postulat von Dominique Zygmunt (FDP), Yasmine Bourgeois (FDP) und 17 Mitunterzeichnenden vom 29.01.2020:
Flexibilisierung des Raumangebots und dessen Möblierung bei Neu- und Umbauten von Schulgebäuden und Betreuungseinrichtungen | VSS |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

4562. 2021/425 Ratsmitglied Maria del Carmen Señorán (SVP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Maria del Carmen Señorán (SVP 1+2) auf den 16. November 2021 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4563. 2021/435 Erklärung der Grüne- und AL-Fraktion vom 10.11.2021: Sammlung Bührle im Kunsthaus Zürich

Namens der Grüne- und AL-Fraktion verlesen Walter Angst (AL) und Markus Knauss (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Bührle im Kunsthaus: Es braucht politischen Willen

Am Samstag 5. November 2021 hat die Republik den 3. Teil von Daniel Binswangers «Bührle-Connection» veröffentlicht. Er enthält zahlreiche verstörende Details zum Versuch, die seit kurzem im Erweiterungsbau des Kunsthauses zugängliche Bührle-Sammlung reinzuwaschen. Und er stellt die unrühmliche Rolle dar, die Vertreter*innen von Stadt und Kanton Zürich in diesem Versuch gespielt haben.

Besonders verstörend sind die Belege für die direkte Einflussnahme von Politik, Kunsthaus und Bührle-Stiftung auf die bei der Universität Zürich in Auftrag gegebene Forschungsarbeit. Auf dem Spiel stand und steht nichts mehr und nichts weniger als die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung.

Der Versuch, die Verbindung zwischen den Wirtschaftsaktivitäten von Bührle, dem NS-Konzentrationslager-System und der jetzt am Pfauen ausgestellten Kunstsammlung zu unterschlagen, ist gescheitert. Was bleibt sind Fragen. Es sind – wie Daniel Binswanger richtig schreibt - «qualvolle Fragen zu unserem historischen Erbe. Beschämende Fragen zu unserer Erinnerungspolitik.»

Er endet mit der Aufforderung an die Politik: «Es ist Zeit für Antworten. Für wissenschaftliche Aufklärung. Für saubere Prozesse. Es gibt keinen Grund, weshalb diese Antworten nicht gegeben werden sollten. Es bräuchte dazu allerdings den politischen Willen.»

Diesen politischen Willen müssen wir aufbringen.

Ehemalige Mitglieder und Mitarbeitende der Unabhängigen Expertenkommission: Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK) – der sogenannten "Bergier-Kommission" - haben dies in drei Forderungen zur Sammlung Bührle im Kunsthaus Zürich zusammengefasst.

- 1) Wir fordern von der Stadt und dem Kanton Zürich eine Weiterführung der historischen Forschung im Zusammenhang mit der Sammlung Bührle sowie eine Evaluation der durch die Stiftung geleisteten Provenienzforschung durch eine unabhängige und neutrale Expertenkommission.
- 2) Wir fordern vom Kunsthaus Zürich, dass der Dokumentationsraum zur Sammlung Bührle von unabhängigen Expertinnen und Experten auf der Basis des aktuellen Forschungsstandes und die Sammlung sowie die Geschichte der ehemaligen Besitzer und Besitzerinnen eingehend kontextualisiert werden.
- 3) Wir fordern vom Bund die Einsetzung eines unabhängigen Gremiums, das zwischen Anspruchsberechtigten sowie Sammlerinnen und Sammlern, Museen oder anderen bewahrenden Institutionen eine gerechte und faire Lösung für alle Beteiligten im Sinne des Washingtoner Abkommens vom 03.12.1998 sowie der Theresienstädter Erklärung vom 30.06.2009 vermittelt.

Die Fraktionen von Grünen und AL schliessen sich diesen Forderungen an und hoffen, dass dies - nach Corine Mauch und Jacqueline Fehr - auch alle Fraktionen tun.

Wir erwarten zudem, dass der Stadtrat

1. unverzüglich das Gespräch mit der Stiftung Bührle, der Kunstgesellschaft und dem Kunsthaus über eine umfassende Revision des Leihvertrags aufnimmt, und
2. beim Kunsthaus interveniert, dass jedem Bild der Bührle-Sammlung ein Hinweis zur Provenienz beigelegt wird – so wie das das Kunstmuseum Bern mit den Gurlitt-Bildern gemacht hat.

G e s c h ä f t e

4564. 2021/412

Weisung vom 27.10.2021:

Finanzdepartement, Teilrevision der Verordnung über Abgangsleistungen für Behördenmitglieder

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 8. November 2021

4565. 2021/413

Weisung vom 27.10.2021:

Tiefbauamt, Velo-city Konferenz 2024, Objektkredit

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss des Büros vom 8. November 2021

4566. 2021/414

Weisung vom 27.10.2021:

Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend eines wiederkehrenden Beitrags an den Verein MAXIM Theater, verbunden mit einem klaren Leistungsauftrag, Beiträge 2022–2025 und Abschreibung

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 8. November 2021

4567. 2021/415**Weisung vom 27.10.2021:****Wasserversorgung, Mitgliedschaftsbeiträge Schweizerischer Verein des Gas- und Wasserfaches (SVGW), wiederkehrende Ausgaben**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 8. November 2021

4568. 2021/418**Postulat von Ivo Bieri (SP), Angelica Eichenberger (SP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 27.10.2021:****Sicherstellung eines aktiven Quartierlebens mit attraktiven Dienstleistungsangeboten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4569. 2021/419**Postulat von Mélissa Dufournet (FDP) und Flurin Capaul (FDP) vom 27.10.2021: Trennung der unterschiedlichen Nutzungen auf dem Friedhof Sihlfeld unter Berücksichtigung einer allfälligen Umzonung eines Teils des Friedhofs**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4570. 2021/420**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 27.10.2021: Neue Trammodelle, Taufe mit den Quartierwappen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4571. 2021/417**Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 27.10.2021:
Rekommunalisierung der Versorgungsnetze für die Wärme- und Kälteversorgung
und der mit diesen verbundenen Energiedienstleistungen von Energie 360° AG
und ihrer Tochtergesellschaften**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Andreas Kirstein (AL) vom 3. November 2021 (vergleiche Beschluss-Nr. 4534/2021)

Die Dringlicherklärung wird von 69 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

4572. 2019/152**Weisung vom 27.10.2021:
Dringliche Motion von Brigitte Fürer und Gabriele Kisker betreffend Pflicht zur
Realisierung von einem Drittel subventionierter Wohnungen pro Baufeld bei
Gewährung eines Baurechts auf dem Areal Thurgauerstrasse West, Antrag auf
Fristerstreckung**

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Dringlichen Motion GR Nr. 2019/152.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Dr. Florian Blättler (SP) stellt namens der SP-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

Die Frist zur Erfüllung der am 29. Januar 2020 überwiesenen Motion, GR Nr. 2019/152, von Brigitte Fürer und Gabriele Kisker vom 17. April 2019 betreffend Pflicht zur Realisierung von einem Drittel subventionierter Wohnungen pro Baufeld bei Gewährung eines Baurechts auf dem Areal Thurgauerstrasse West, wird um 2412 Monate bis zum 29. Januar 2024/2023 verlängert.

Der Rat stimmt dem Antrag von Dr. Florian Blättler (SP) mit 107 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Abstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag des Stadtrats mit 109 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 29. Januar 2020 überwiesenen Motion, GR Nr. 2019/152, von Brigitte Fürer und Gabriele Kisker vom 17. April 2019 betreffend Pflicht zur Realisierung von einem Drittel subventionierter Wohnungen pro Baufeld bei Gewährung

eines Baurechts auf dem Areal Thurgauerstrasse West, wird um 12 Monate bis zum 29. Januar 2023 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

4573. 2019/416

Weisung vom 27.10.2021:

Motion der SP-, FDP- und GLP-Fraktionen betreffend Abschreibung für das Hochhaus im Baufeld A1 des öffentlichen Gestaltungsplans «Thurgauerstrasse» zur Realisierung einer qualitativ hochwertigen und ökologisch wertvollen Fassadenbegrünung, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2019/416.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Dr. Florian Blättler (SP) stellt namens der SP-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

Die Frist zur Erfüllung der am 29. Januar 2020 überwiesenen Motion, GR Nr. 2019/416, der SP-, FDP- und GLP-Fraktionen vom 25. September 2019 betreffend Abschreibung für das Hochhaus im Baufeld A1 des öffentlichen Gestaltungsplans «Thurgauerstrasse» zur Realisierung einer qualitativ hochwertigen und ökologisch wertvollen Fassadenbegrünung wird um 2412 Monate bis zum 29. Januar 20242023 verlängert.

Brigitte Fürer (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats.

Der Rat stimmt dem Antrag von Dr. Florian Blättler (SP) mit 92 gegen 0 Stimmen (bei 16 Enthaltungen) zu.

Abstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag des Stadtrats mit 93 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 29. Januar 2020 überwiesenen Motion, GR Nr. 2019/416, der SP-, FDP- und GLP-Fraktionen vom 25. September 2019 betreffend Abschreibung für das Hochhaus im Baufeld A1 des öffentlichen Gestaltungsplans «Thurgauerstrasse» zur Realisierung einer qualitativ hochwertigen und ökologisch wertvollen Fassadenbegrünung wird um 12 Monate bis zum 29. Januar 2023 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

4574. 2021/248**Weisung vom 09.06.2021:****Sportamt, Immobilien Stadt Zürich, Dolder Bad und Kunsteisbahn Dolder, Instandsetzung Bad, Projektierungskredit, Dolder Eis und Bad AG, Beiträge 2022–2026**

Antrag des Stadtrats

1. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für die Instandsetzung des Dolder Bads wird der vom Vorsteher des Hochbaudepartements am 21. Januar 2021 mit Verfügung Nr. 210022 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 90 000.– um Fr. 1 915 000.– auf Fr. 2 005 000.– erhöht.
2. Der künftigen Dolder Eis und Bad AG, bislang Dolder Kunsteisbahn AG, Zürich, wird für die Jahre 2022–2026 ein jährlicher Betriebsbeitrag von Fr. 550 000.– für den Betrieb des Dolder Bads und der Kunsteisbahn Dolder bewilligt.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, im Fall einer Betriebsschliessung des Dolder Bads während der Beitragsperiode 2022–2026 infolge Instandsetzung den Betriebsbeitrag gemäss Ziffer 2 im Rahmen der möglichen Einsparungen bei den Betriebskosten zu kürzen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP)

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

2. Im Bauprojekt ist die Restaurierung oder Neubeschaffung der Wellenmaschine vorzusehen.

Mehrheit:	Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Simone Hofer Frei (GLP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Marcel Savarioud (SP) i. V. von Maya Kägi Götz (SP)
Minderheit:	Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Christian Huser (FDP)
Enthaltung:	Natalie Eberle (AL)
Abwesend:	Christina Horisberger (SP), Ursula Näf (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 38 gegen 79 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 3 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

3. Es wird ein Mobilitätskonzept erstellt mit Szenarien und Massnahmen – mit dem Ziel, dass die Besuchenden des Dolder Bads und der Kunsteisbahn Dolder zur Anreise vermehrt die öffentlichen Verkehrsmittel benützen.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Shaibal Roy (GLP)
Minderheit:	Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Natalie Eberle (AL), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Marcel Savarioud (SP) i. V. von Maya Kägi Götz (SP)
Abwesend:	Christina Horisberger (SP), Ursula Näf (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 48 gegen 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Zustimmung:	Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Präsident Stefan Urech (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Shaibal Roy (GLP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Marcel Savarioud (SP) i. V. von Maya Kägi Götz (SP)
Abwesend:	Christina Horisberger (SP), Ursula Näf (SP)

Aufgrund der vorhergehenden Abstimmungen zu den Änderungsanträgen zu den neuen Dispositivziffern 2 und 3 wird über die bereinigten Dispositivziffern 1–5 abgestimmt.

Der Rat stimmt den bereinigten Dispositivziffern 1–5 mit 115 gegen 1 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für die Instandsetzung des Dolder Bads wird der vom Vorsteher des Hochbaudepartements am 21. Januar 2021 mit Verfügung Nr. 210022 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 90 000.– um Fr. 1 915 000.– auf Fr. 2 005 000.– erhöht.
2. Im Bauprojekt ist die Restaurierung oder Neubeschaffung der Wellenmaschine vorzusehen.
3. Es wird ein Mobilitätskonzept erstellt mit Szenarien und Massnahmen – mit dem Ziel, dass die Besuchenden des Dolder Bads und der Kunsteisbahn Dolder zur Anreise vermehrt die öffentlichen Verkehrsmittel benützen.
4. Der künftigen Dolder Eis und Bad AG, bislang Dolder Kunsteisbahn AG, Zürich, wird für die Jahre 2022–2026 ein jährlicher Betriebsbeitrag von Fr. 550 000.– für den Betrieb des Dolder Bads und der Kunsteisbahn Dolder bewilligt.
5. Der Stadtrat wird ermächtigt, im Fall einer Betriebsschliessung des Dolder Bads während der Beitragsperiode 2022–2026 infolge Instandsetzung den Betriebsbeitrag gemäss Ziffer 4 im Rahmen der möglichen Einsparungen bei den Betriebskosten zu kürzen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. November 2021 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 17. Januar 2022)

4575. 2021/376

Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Sofia Karakostas (SP) und 9 Mitunterzeichnenden vom 22.09.20 21:

Wiederinbetriebnahme des Wellenbads im Dolder Bad, Vereinbarung im Rahmen des Betriebsvertrags mit der Dolder Hotel AG

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4407/2021).

Simone Hofer Frei (GLP) begründet den von Shaibal Roy (GLP) namens der GLP-Fraktion am 6. Oktober 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 84 gegen 31 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4576. 2021/384

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Ivo Bieri (SP) vom 29.09.2021:

Langfristige Sicherung eines Freibads im Kreis 7 und Sicherung eines Vorkaufsrechts bei der Dolder Hotel AG für die betreffende Liegenschaft

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4437/2021).

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet den von Christian Huser (FDP) namens der FDP-Fraktion am 27. Oktober 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 70 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4577. 2020/564

Weisung vom 04.12.2020:

Postulat der AL-Fraktion betreffend Berichterstattung über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und über den Gleichstellungsplan der Stadtpolizei, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Berichterstattung über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und über den Gleichstellungsplan der Stadtpolizei wird Kenntnis genommen.

2. Das Postulat, GR Nr. 2017/168, der AL-Fraktion vom 7. Juni 2017 betreffend Berichterstattung über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und über den Gleichstellungsplan der Stadtpolizei wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Olivia Romanelli (AL)

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht betreffend Berichterstattung über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und über den Gleichstellungsplan der Stadtpolizei wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Vizepräsident Andreas Egli (FDP), Referent; Markus Knauss (Grüne), Res Marti (Grüne), Markus Merki (GLP), Olivia Romanelli (AL)
 Minderheit: Derek Richter (SVP), Referent; Stephan Iten (SVP)
 Enthaltung: Präsident Pascal Lamprecht (SP), Simone Brander (SP), Heidi Egger (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Severin Meier (SP)
 Abwesend: Dominique Zygmont (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 2:

2. Das Postulat, GR Nr. 2017/168, der AL-Fraktion vom 7. Juni 2017 betreffend Berichterstattung über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und über den Gleichstellungsplan der Stadtpolizei wird nicht als erledigt abgeschrieben. Der Stadtrat wird beauftragt, innerhalb eines Jahres eine Ergänzung gemäss Art. 95 Abs. 2 GeschO GR zu erstellen, die die bisher nicht erfüllten Forderungen des Vorstosses 2017/168 erfüllt. Insbesondere soll der Bericht aufzeigen, wie der Anteil sozialer Minderheiten (z. B. trans Menschen, homo- und bisexuelle Personen und Mitglieder einer minoritären Glaubensgemeinschaft) innerhalb des Sicherheitsdepartements gesteigert werden kann. Ebenso sind im Bericht die quantitativen Ziele für die verschiedenen Diversity-Schwerpunktthemen zu definieren.

Mehrheit: Vizepräsident Andreas Egli (FDP), Referent; Stephan Iten (SVP), Markus Knauss (Grüne), Res Marti (Grüne), Markus Merki (GLP), Derek Richter (SVP)
 Minderheit: Olivia Romanelli (AL), Referentin
 Enthaltung: Präsident Pascal Lamprecht (SP), Simone Brander (SP), Heidi Egger (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Severin Meier (SP)
 Abwesend: Dominique Zygmont (FDP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 52 gegen 64 Stimmen (bei 1 Enthaltung) ab.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Vizepräsident Andreas Egli (FDP), Referent; Markus Knauss (Grüne), Res Marti (Grüne), Markus Merki (GLP), Olivia Romanelli (AL)
Minderheit:	Derek Richter (SVP), Referent; Stephan Iten (SVP)
Enthaltung:	Präsident Pascal Lamprecht (SP), Simone Brander (SP), Heidi Egger (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Severin Meier (SP)
Abwesend:	Dominique Zygmont (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Vizepräsident Andreas Egli (FDP), Referent; Stephan Iten (SVP), Markus Knauss (Grüne), Res Marti (Grüne), Markus Merki (GLP), Derek Richter (SVP)
Minderheit:	Olivia Romanelli (AL), Referentin
Enthaltung:	Präsident Pascal Lamprecht (SP), Simone Brander (SP), Heidi Egger (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Severin Meier (SP)
Abwesend:	Dominique Zygmont (FDP)

Aufgrund der vorhergehenden Abstimmung zum Änderungsantrag wird über die bereinigte Dispositivziffer 2 abgestimmt.

Der Rat stimmt der bereinigten Dispositivziffer 2 mit 64 gegen 50 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Berichterstattung über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und über den Gleichstellungsplan der Stadtpolizei wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2017/168, der AL-Fraktion vom 7. Juni 2017 betreffend Berichterstattung über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und über den Gleichstellungsplan der Stadtpolizei wird nicht als erledigt abgeschrieben. Der Stadtrat wird beauftragt, innerhalb eines Jahres eine Ergänzung gemäss Art. 95 Abs. 2 GeschO GR zu erstellen, die die bisher nicht erfüllten Forderungen des Vorstosses 2017/168 erfüllt. Insbesondere soll der Bericht aufzeigen, wie der Anteil sozialer Minderheiten (z. B. trans Menschen, homo- und bisexuelle Personen und Mitglieder einer minoritären Glaubensgemeinschaft) innerhalb des Sicherheitsdepartements gesteigert werden kann. Ebenso sind

im Bericht die quantitativen Ziele für die verschiedenen Diversity-Schwerpunktthemen zu definieren.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. November 2021

4578. 2021/382

Dringliches Postulat von Martin Bürki (FDP) und Alan David Sangines (SP) vom 29.09.2021:

Verlängerung der Konditionen für die Gastrounternehmen zur Nutzung der Aussenflächen im Winter 2021/2022 sowie Nutzung der bisher nicht genutzten Innenflächen als Restaurantflächen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Bürki (FDP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4435/2021).

Jürg Rauser (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 27. Oktober 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Dringliche Postulat wird mit 88 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4579. 2020/10

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Maya Kägi Götz (SP) vom 15.01.2020: Regelung einer Stellvertretung ab dem ersten Tag in der Betreuung an den städtischen Volksschulen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2107/2020).

Roger Bartholdi (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 29. Januar 2020 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 69 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4580. 2020/47

Postulat von Dominique Zygmont (FDP), Yasmine Bourgeois (FDP) und 17 Mitunterzeichnenden vom 29.01.2020:

Flexibilisierung des Raumangebots und dessen Möblierung bei Neu- und Umbauten von Schulgebäuden und Betreuungseinrichtungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dominique Zygmont (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2179/2020).

Ursula Näf (SP) begründet den von Dr. Davy Graf (SP) namens der SP-Fraktion am 26. Februar 2020 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 45 gegen 65 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4581. 2021/436

Beschlussantrag von Hans Dellenbach (FDP), Andreas Kirstein (AL) und 40 Mitunterzeichnenden vom 10.11.2021:

Rückkehr an den ordentlichen Sitzungsort im Rathaus unter Beachtung eines lageangepassten Schutzkonzepts

Von Hans Dellenbach (FDP), Andreas Kirstein (AL) und 40 Mitunterzeichnenden ist am 10. November 2021 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Die Unterzeichnenden stellen den Antrag, die Gemeinderatssitzungen ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt wieder im Rathaus am Limmatquai durchzuführen, unter Beachtung eines lageangepassten Schutzkonzepts, welches keine Ratsmitglieder ausschliesst.

Begründung:

Eine Umfrage unter den Mitgliedern des Gemeinderats hat ergeben, dass mindestens rekordverdächtige 94% den COVID-19-Status «geimpft» oder «genesen» aufweisen.

Vor diesem Hintergrund ist nun der Zeitpunkt gekommen, an den ordentlichen Sitzungsort im Zürcher Rathaus zurückzukehren und den Ausschluss der Öffentlichkeit von den Ratssitzungen zu beenden.

Verschiedene schweizerische Parlamente, u.a. in Aargau, Basel-Stadt, Nidwalden, Graubünden, Schaffhausen und Solothurn, haben diesen Schritt bereits vollzogen.

Mitteilung an den Stadtrat

4582. 2021/437**Motion von Christine Seidler (SP), Matthias Renggli (SP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 10.11.2021:****Institutionalisierung geeigneter Partizipationsprozesse und -formate für Projekte mit stadtweiten Fragestellungen oder starken Auswirkungen auf die Quartiere**

Von Christine Seidler (SP), Matthias Renggli (SP) und 4 Mitunterzeichnenden ist am 10. November 2021 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, für komplexe und / oder grössere Projekte mit stadtweiten Fragestellungen oder starken Auswirkungen auf die Quartiere, geeignete Partizipationsprozesse und -formate im Sinne systemischer Planungsinstrumente zu institutionalisieren. Vor oder ab Phase 0 sind die nicht verhandelbaren und die noch offenen Planungsparameter bekannt zu geben und geeignete Instrumente und / oder Prozessformate für die Partizipation zur Verfügung zu stellen oder anzuwenden.

Begründung:

Erfolgreiche Partizipation braucht Engagement von unten, sprich der Zivilgesellschaft, aber auch andauernendes Commitment von oben d.h. aus Politik und Verwaltung. Wie die Forschung zur Partizipation der Bevölkerung in öffentlichen Räumen zeigt, führt die gegenseitige Bezugnahme von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft nicht nur zur Lösung des Planungsproblems, sondern ebenso zu mehr Konflikten und Auseinandersetzungen. Partizipation heisst deshalb Raum für demokratische Aushandlungsprozesse zu schaffen. Dieser Mehraufwand in der Anfangsphase eines Projekts führt im Regelfall zu einer Beschleunigung aufgrund einer reduzierten Anzahl von Einsprachen und Rekursen.

Die Institutionalisierung von Partizipation ist ein wichtiger Bestandteil einer sozial nachhaltigen Stadtentwicklung. Will die Stadt nicht nur punktuell und projektbezogen Partizipation anbieten, sondern das Verhältnis zwischen dem Staat und der Bevölkerung langfristig partnerschaftlicher gestalten, braucht es Strukturen, Prozesse und Ressourcen, die der Bevölkerung frühzeitig, langfristig und kontinuierlich den Einfluss auf die Planungs- und Entscheidungsprozesse garantieren.

Eine Grundbedingung für die erfolgreiche Beteiligung der Bevölkerung ist deshalb eine noch ausgeprägtere Kooperationen zwischen den Fachressorts und Departementen. Dazu gehört neben der fachspezifischen Zusammenarbeit auch eine sozialraumorientierte Ausrichtung der Verwaltungsaufgaben. In diesem Zusammenhang müssen die Rollen der Beteiligten in einem Partizipationsprozess geklärt sein. Dies betrifft insbesondere die Entscheidungsbefugnisse und Kompetenzen der einzelnen Funktionen und Organisationseinheiten. Bei institutionalisierter Partizipation gibt es keine strikten Regeln und Vorgaben in Bezug der Gestaltung der Prozesse. Dies führt dazu, dass die Prozesse – aufgrund der immer neuen, anderen und unterschiedlichen Fragestellungen eines Planungsprozesses – nicht eins zu eins adaptierbar sind. Institutionalisierung bezieht sich darauf, dass bei anstehenden Planungen partizipative Verfahren zu einem selbstverständlichen Planungsinstrument werden und in die Planungsformate implementiert werden.

Ein Grossteil der Formate, die in der Stadt heute unter dem Begriff Partizipation durchgeführt werden – beispielsweise runder Tisch oder Quartierinformationen – sind zwar sehr wertvoll, aber eine "echte" Partizipation nach wissenschaftlichen Erkenntnissen, wie sie der Vorstoss erzielen möchte, bedingt für jede Planung zu Beginn des Prozesses eine klare Definition, was verhandelbar und was nicht verhandelbar ist. Was in der Planung der verhandelbare Gestaltungsspielraum betrifft, ist eine Ergebnisoffenheit seitens Behörden zwingend und wird in die Umsetzung der Planung nach Möglichkeit implementiert.

Mitteilung an den Stadtrat

4583. 2021/438**Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 10.11.2021:****Neugestaltung der Annexausstellung im Kunsthaus-Erweiterungsbau ohne Beschönigung des historischen Sachverhalts und unter Einbezug der neusten wissenschaftlich-historischen Erkenntnisse**

Von der SP-, Grüne- und AL-Fraktion ist am 10. November 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Annexausstellung im Kunsthaus-Erweiterungsbau zur Geschichte der Bührlé-Sammlung von ihren Beschönigungen befreit und zu einer mit attraktiven Ausstellungsmitteln gestalteten, selbstbewussten und den neuesten wissenschaftlich-historischen Erkenntnissen gerecht

werdenden Ausstellung gestaltet werden kann. Die Stadt Zürich hat mit 88 Millionen Franken zum Erweiterungsbau beigetragen und soll nun beitragen, dass er die Stadt auch in würdiger Weise repräsentiert. Diese Annexausstellung ist von einem unabhängigen Expert:innen-Gremium zu gestalten.

Begründung:

Unter dem Druck der Öffentlichkeit ist in der Kunsthäuserweiterung mit städtischer Hilfe ein Raum eingerichtet worden, der mit traditionellen Text-Bild-Tafeln geschönte Beiträge zur Geschichte des Waffenhändlers Emil G. Bührle und seiner Sammlung präsentiert. So wird dieser etwa als «Industrieller, Kunstsammler, Mäzen» betitelt. Die Darstellungen sind durchwegs positiv konnotiert, sie beschönigen den historischen Sachverhalt und entsprechen offensichtlich den Selbstdarstellungen der Bührle-Stiftung.

Dies wird von Zürcherinnen und Zürchern wie von internationalen Besucherinnen und Besuchern als heuchlerische und provinziell-kleingeistige Ausstellung wahrgenommen. Die NZZ schreibt «Man vermeidet es aber, die Dinge bei ihrem Namen zu nennen und Klartext zu reden ... Die Dokumentation müsste an ihren Absender zurückgehen und überarbeitet werden.» (13. 10. 2021) Solange das nicht geschieht, wirft diese Darstellung in einem diskreten Raum zur Bührle-Ausstellung einen Schatten auf die Stadt Zürich, die sich im Kunsthaus als Kulturstadt mit Weltniveau präsentieren will.

Der Dokumentationsraum zur Bührle-Sammlung soll ungeschönt und mit einer angemessenen Vielfalt an gestalterischen Ausstellungsmitteln zur Geschichte der Bührle-Sammlung im Kunsthaus Stellung nehmen – unter Einbezug aller wichtigen neuen historischer Erkenntnisse, namentlich durch die Beleuchtung der historischen Kontexte, die Erläuterung der Fluchtgut-Thematik und der Zwangsarbeits-Zusammenhänge, verbunden mit unabhängigen Ergänzungen zur Provenienzforschung der Bührle-Stiftung. Auch sollen Informationen zur Sammlung der jüdischen Familie Merzbacher mit ihrem Schicksal unter dem Nationalsozialismus aufgezeigt werden. Die Hinweise zur Provenienz und deren Geschichte sind jeweils auch bei den Bildern in der Ausstellung selber anzubringen.

Mitteilung an den Stadtrat

4584. 2021/439

Postulat von Reis Luzhnica (SP) und Marco Geissbühler (SP) vom 10.11.2021: Prüfung allfälliger Nutzungskonflikte auf dem Friedhof Sihlfeld und Erhalt des Areals als Freiraum und zur Erholung für die Quartierbevölkerung

Von Reis Luzhnica (SP) und Marco Geissbühler (SP) ist am 10. November 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob auf dem Friedhof Sihlfeld Nutzungskonflikte bestehen. Allfällige Nutzungskonflikte soll der Stadtrat auf eine Art und Weise lösen, dass der Friedhof Sihlfeld auch zukünftig der Quartierbevölkerung als Freiraum zur Erholung zur Verfügung steht. Dabei soll der Stadtrat sich an folgenden Eckwerten orientieren:

- Der Friedhof Sihlfeld soll rund um die Uhr öffentlich zugänglich bleiben.
- Die bestehenden Regeln für den Friedhof Sihlfeld sollen möglichst durch das Friedhofspersonal und die SIP sowie im Dialog und mit Augenmass durchgesetzt werden.
- Die räumliche Einheit des Friedhofs Sihlfeld als Erholungsraum soll erhalten bleiben.

Begründung:

Der Friedhof Sihlfeld bildet die grösste zusammenhängende Grünanlage in der Stadt Zürich. Dadurch ist er für die Bevölkerung sowohl als Ort der Trauer und des Gedenkens, wie auch als niederschwelliger und allgemein zugänglicher Ort der Erholung von Wert. Die kulturgeschichtliche Bedeutung der Friedhofsanlage mit seinen verschiedenen historischen Gebäuden und den Gräbern bedeutender Persönlichkeiten ist ebenfalls nicht zu unterschätzen.

Diese vielseitige Nutzung machen den Friedhof Sihlfeld erst zu dem, was er ist. Gleichzeitig können diese unterschiedlichen Ansprüche potenziell zu Spannungen und Konflikten führen. Die Stadt muss diese Probleme vermittelnd angehen, aber in einer Art und Weise, dass das Wesen des Friedhofs Sihlfeld bestehen bleibt. Dadurch kann die Stadt die Grundlage legen, dass der Friedhof als Gesamtes auch in Zukunft für die Stadtzürcher Bevölkerung in ihrer ganzen Vielfalt niederschwellig und durchgehend zugänglich bleibt.

Mitteilung an den Stadtrat

4585. 2021/440**Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Roland Hurschler (Grüne) vom 10.11.2021:
Verbesserung des Angebots für Winterschwimmerinnen und Winterschwimmer
im Bereich von bestehenden Fluss-, Strand- oder Seebädern**

Von Urs Riklin (Grüne) und Roland Hurschler (Grüne) ist am 10. November 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie mittels eines Pilotversuchs das Angebot für Winterschwimmerinnen und Winterschwimmer im Bereich von bestehenden Fluss-, Strand- oder Seebädern verbessert werden kann. Hierfür soll insbesondere eine basale Infrastruktur wie Schliessfächer und eine Duschköglichkeit zur Verfügung stehen.

Begründung:

Schwimmen zu allen Jahreszeiten erfreut sich in Zürich steigender Beliebtheit. Winterschwimmer:innen, die eine Garderobe und eine Duschköglichkeit nutzen wollen, haben bisher die Möglichkeit, gegen ein Entgelt die Infrastruktur des Seebades Enge zu nutzen. Im Sinne der Angebotsausweitung und vor dem Hintergrund des Konzepts der «Stadt der kurzen Wege» soll das Angebot für Winterschwimmer:innen an mindestens einem weiteren Standorten ergänzt werden, indem an solchen Standorten mindestens einige Schliessfächer für die Garderobe und eine Möglichkeit, sich zu duschen, zur Verfügung stehen. Idealerweise werden hierfür bestehende Infrastrukturen von Fluss-, Strand- oder Seebädern genutzt.

Mitteilung an den Stadtrat

4586. 2021/441**Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Monika Bättschmann (Grüne) vom 10.11.2021:
Verlängerung der Grünphase der Lichtsignalanlagen für zu Fuss Gehende und
Velofahrende am General-Guisan-Quai und Verkürzung der Wartezeiten**

Von Urs Riklin (Grüne) und Monika Bättschmann (Grüne) ist am 10. November 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Velofahrende den General-Guisan-Quai während einer vollständigen Grünphase der Lichtsignalanlagen überqueren können. Ebenso wird er gebeten zu prüfen, wie die Wartezeit auf die nächste Grünphase für zu Fussgehende und für Velofahrende am General-Guisan-Quai deutlich verkürzt werden kann.

Begründung:

Für zu Fussgehende und Velofahrende ist die Überquerung des General-Guisan-Quais hindernisreich, herausfordernd und mit hohem Unfallrisiko behaftet. Die Wartezeit ist an den vorgesehenen Querungen mit Lichtsignalanlagen, wie z.B. bei der Fussgänger- und Veloquerung an der Kreuzung General-Guisan-Quai und Stockerstrasse für den nichtmotorisierten Verkehr überdurchschnittlich lange. Gleichzeitig ist dort die Grünphase für zu Fussgehende wie auch Velofahrende äusserst kurz. Selbst mit zügigem Schritt oder auch mit dem Velo ist es nicht möglich, die andere Strassenseite des General-Guisan-Quais innerhalb einer Grünphase zu erreichen. Die Lichtsignalanlage für zu Fussgehende und Velofahrende wechselt bereits nach wenigen Sekunden von grün wieder auf orange und rot. Dies löst bei vielen Fussgänger:innen ein Unbehagen oder auch Stress aus. Für ältere Menschen oder Menschen mit eingeschränkter Mobilität ist eine solch kurze getaktete Querungszeit eine zusätzliche Herausforderung.

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Lichtsignalanlagen für zu Fussgehende und Velofahrende geschaltet werden können, so dass es für sie möglich ist, die Strassenseite innerhalb einer Grünphase zu wechseln. Ebenso wird er gebeten zu prüfen, wie die Wartezeiten für zu Fussgehende und Velofahrende, welche den General-Guisan-Quai überqueren wollen, an den verschiedenen Querungen deutlich verringert werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

4587. 2021/442**Postulat von Ronny Siev (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 10.11.2021:
Nutzung des bisherigen Büroraums der Kreisschulbehörde Waidberg als Wohnraum**

Von Ronny Siev (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) ist am 10. November 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der gesamte bisherige Büroraum der KSB Waidberg wieder als Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann.

Begründung:

Der Stadtrat begründet dem Umzug der KSB Waidberg in die neue Sekundarschulanlage Brunnenhof damit, dass die oberen Stockwerke des ehemaligen Radiostudios aus logistischen Gründen nicht für die Schule genutzt werden können. Mit dem Umzug der KSB in den Brunnenhof würde am bisherigen Standort zudem auch wieder Wohnraum geschaffen, und dem schulpsychologischen Dienst mehr Platz ermöglicht.

Die Gründe für einen Ausbau der Schulpsychologie wurden bisher weder belegt noch begründet. Einem Ausbau kann nur mit Vorliegen einer Strategie bezüglich des Angebots und der Standorte zugestimmt werden. Hierfür sollen auch Doppelnutzungen geprüft werden. Andernfalls sollte der bisherige Büroraum, welcher durch den Umzug der KSB frei wird, komplett als Wohnraum genutzt wird.

Mitteilung an den Stadtrat

Der Beschlussantrag, die Motion und die fünf Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

4588. 2021/443**Schriftliche Anfrage von Lisa Diggelmann (SP) und Anjushka Früh (SP) vom 10.11.2021:****Vergabe- und Verteilpraxis der Fussballfelder in der Stadt, Kriterien und Vorschriften für die Vergabe durch das Sportamt, Sicherstellung einer Nicht-Benachteiligung der Frauenteam, Nutzung und Infrastruktur der städtischen Sportanlagen und Aussenanlagen der Schulhäuser sowie Verteilung der Subventionen auf die Frauen- und Herrenteams**

Von Lisa Diggelmann (SP) und Anjushka Früh (SP) ist am 10. November 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im sportpolitischen Konzept der Stadt Zürich aus dem Jahr 2017 wird auf den Seiten 4-5 unter Punkt 3.1 Förderung der positiven gesellschaftlichen Entwicklung u.a. folgendes erwähnt: «Die städtische Sportpolitik ist abgestimmt auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, der Verbände und Vereine sowie weiterer im Sport tätiger privater und öffentlicher Institutionen. Dabei sind insbesondere die Umweltverträglichkeit, die Verwirklichung der Gleichstellung, der Schutz vor Diskriminierung und sexuelle Übergriffen und der Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen sowie eine sinnvolle Verwendung der zur Verfügung stehenden Ressourcen (v.a. Raum, Infrastruktur, Geld) anzustreben.»

Eine studentische Abschlussarbeit aus dem Jahr 2021 hat die Vergabe-/ Verteilpraxis der städtischen Fussballfelder des Sportamts Zürich auf deren Gerechtigkeit untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass die Männerteams bei der Platzverteilung systematisch bevorzugt werden, was dem Grundsatz aus dem sportpolitischen Konzept der Stadt Zürich widerspricht.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Nach welchen Kriterien/Prioritäten werden die Fussballfelder durch das Sportamt an die Vereine vergeben? Stellt das Sportamt Vorschriften an die Vereine, wie die vereinsinterne Verteilung auf die einzelnen Teams zu erfolgen hat? Wenn nein, weshalb nicht?
2. Wie stellt das Sportamt sicher, dass Frauenteam bei der vereinsinternen Verteilung von Fussballfeldern nicht systematisch benachteiligt werden?

3. Wie viele Frauen-/Männerfussballteams spielen auf den städtischen Sportanlagen? Um welche Uhrzeit, an welchen Tagen und auf welchen Spielfeldern (Kunst-/Naturrasen) finden die Trainings der Frauen-/Männerfussballteams statt? Wir bitten um eine nach den genannten Kriterien aufgeschlüsselte Auflistung.
4. Welche Aussenanlagen bei den Schulhäusern werden durch Fussballvereine zur ausschliesslichen Nutzung belegt? Wie verteilen sich diese Belegungen auf die Frauen-/ Herrenteams?
5. Bei welchen Aussensportanlagen stehen für die Fussballspielerinnen Garderoben zur Verfügung?
6. Welche Aussensportanlagen verfügen über eine Flutlichtanlage?
7. Städtische, nicht-kommerzielle Fussballvereine erhalten eine Reduktion der Mietkosten in der Höhe von mindestens 80%. Wie verteilen sich diese Subventionen auf die Frauen-/Herrenteams?
8. Wie hoch sind durchschnittlich die jährlichen Betriebs- und Unterhaltskosten eines normierten Fussballfeldes (11er)?
9. Wie hoch sind durchschnittlich die jährlichen Betriebs- und Unterhaltskosten der Aussenspielfelder bei den Schulanlagen?
10. Führt die Stadt Zürich eine Warteliste für Fussballvereine, die aktuell keine oder nur eine beschränkte Anzahl Trainingseinheiten erhalten? Falls eine Warteliste geführt wird, wie viele Trainingseinheiten können in der Stadt Zürich aktuell nicht durchgeführt werden? Wie verteilt sich dies auf die Frauen-/Herrenteams?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 17. November 2021, 17 Uhr.